

1. Wie kann das Völkerrecht gerettet werden?

Seit Ende der globalen Ost-West-Konfrontation 1989/90 wird immer häufiger und immer unverhohlener gegen das zwischenstaatliche Gewaltverbot in Artikel 2,4 der UNO-Charta verstoßen. Den Präzedenzfall schuf die NATO 1999 mit ihrem als „humanitäre Intervention“ gerechtfertigten völkerrechtswidrigen Luftkrieg gegen Serbien/Montenegro. 2003 folgte der mit zahlreichen Lügen begründete und von der rot-grünen Bundesregierung trotz rhetorischer Ablehnung operativ voll unterstützte völkerrechtswidrige Krieg der USA und Großbritanniens gegen Irak, 2014 die völkerrechtswidrige Annexion der Krim durch Rußland. Auch der von US-Präsident Georg Bush begonnene, und von seinem Nachfolger Barak Obama erheblich eskalierte Drohnenkrieg gegen tatsächliche oder vermeintliche Terroristen, bei der dem US-Präsident Ermittler, Ankläger, Richter und Henker in einer Person ist, ist völkerrechtswidrig. Dasselbe gilt für die atomare Vernichtungsdrohung gegen Nordkorea, die US-Präsident Donald Trump im September 2017 vor der UNO-Generalversammlung ausstieß und auch für die jüngste Androhung mit Militärschlägen gegen Syrien (die möglicherweise seit Formulierung dieser Zeilen auch umgesetzt wurde). Das Schweigen oder die mangelnde Kritik in den westlichen Hauptstädten an den Völkerrechtsverstößen der Führungsmacht USA gerät zur klammheimlichen Zustimmung. Völkerrechtswidrig ist auch der Einsatz von Chemiewaffen in Syrien, der in den letzten sieben Jahren nachweislich sowohl durch die Regierung Assad wie auch durch diverse islamistische Rebellengruppen verübt wurde. Durch diese zahlreichen Verstöße und die mangelnde Kritik daran wird die wichtigste Norm des 1945 vereinbarten Völkerrechts immer mehr unterminiert, undgeschwächt und droht vollends zur Makulatur zu werden.

Fragen zum Thema:

- Wie kann das Völkerecht gerettet und wieder gestärkt werden?
- Welche neuen völkerrechtliche Bestimmungen bzw. Veränderungen des Sicherheitsrates und der UNO-Charta wären erforderlich, damit die UNO in klar erwiesenen oder drohenden Fällen der vier Kernverbrechen (Völkermord, - z.B. Ruanda 1994-, Verbrechen gegen die Menschheit, Kriegsverbrechen und Angriffskrieg) auch dann handlungsfähig ist und mit militärischen oder polizeilichen Mitteln zur Verhinderung oder Beendigung dieser Verbrechen eingreifen kann, wenn einer der heutigen fünf Vetomächte im Sicherheitsrat dagegen ist.

Nächste Seite: Rüstungsexporte

2. Rüstungsexporte

Bereits seit den 60er Jahren des letzten Jahrhunderts engagieren sich Friedensgruppen in Deutschland beharrlich gegen das profitable Geschäft mit dem Tod, den größten Skandal der deutschen Außen(wirtschafts)politik. Dieser zivilgesellschaftliche Druck führte zwar dazu, daß die sozialliberale Koalition 1972 und die rot-grüne Koalition 2000 Beschlüsse fassten zum Verbot von Rüstungsgütern in Spannungsgebiete bzw. an Regierungen, die die deutschen Waffen zu Menschenrechtsverletzungen einsetzen könnten. Doch diese Regierungsbeschlüsse blieben weitgehend Makulatur. Deutschland stieg bis 2008 zum weltweit drittgrößten Rüstungsexporteur auf. Aktuell liegt Deutschland auf Platz vier. Die seit 2012 geführte „Kampagne Aufschrei gegen Waffenexporte“ der Friedensbewegung hat zwar die öffentliche Debatte über das Geschäft mit dem Tod wieder deutlich verstärkt und zu Teilerfolgen mit Blick auf einige Rüstungsunternehmen geführt (z.B. Heckler&Koch, Klage gegen Sig Sauer) geführt. Doch die PolitikerInnen der drei Altparteien (CDU/CSU/SPD, FDP) in Berlin zeigen sich von der Kritik unbeeindruckt und genehmigen weiterhin Rüstungsexporte auch in Kriegsgebiete und an aktuell kriegsführende „Verbündete“ wie die Türkei und Saudi-Arabien.

Fragen zum Thema:

- Wie kann der Protest gegen Rüstungsexporte wirksamer gemacht werden?
- Wie lässt sich die ehemals aktive Debatte und das Engagement der IG Metall und anderer Gewerkschaften für Rüstungskonversion wiederbeleben?

Andreas Zumach:

-seit 1988 freier Journalist am UNO-Sitz in Genf, Korrespondent für "die tageszeitung" (taz) in Berlin sowie für weitere Zeitungen, Rundfunk- und Fernsehanstalten in Deutschland, der Schweiz, Österreich („Die Presse“) und den USA.

Autor mehrerer Bücher über den Irakkrieg, die UNO und internationale Konflikte (zuletzt Anfang 2016 in aktualisierter Auflage erschienen: „Globales Chaos Machtlose UNO - ist die Weltorganisation überflüssig geworden?“, Rotpunkt Verlag Zürich). In den 80er Jahren Organisator der großen Abrüstungsdemonstrationen in Bonn und Sprecher des Koordinationsausschusses der Friedensbewegung